

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Wird das Wort zu diesem Antrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß der Antrag ohne Widerspruch angenommen ist.

Punkt 33: Ferien der Stadtverordneten-Versammlung.

Ich habe mit den Herren Fraktionsführern verabredet und bitte dazu um Ihre Zustimmung, daß wir bis zur zweiten Hälfte des September keine ordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung mehr abhalten. Am 18. September werden wir uns hier wieder versammeln. „Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, können in der bisher üblichen Weise erledigt werden.“ Das ist ein Zusatz, der noch zu dem Beschlusentwurf gemacht worden ist.

Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Nachtrag:

Besprechung der Lebensmittelversorgung der Düsseldorfer Bevölkerung.

Stadtverordneter Gerlach (B. S. P.): Meine Damen und Herren! Die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt haben sich in einer Weise entwickelt, daß es geradezu eine sträfliche Vernachlässigung unserer Stadtverordnetenepflichten wäre, wenn wir diese Verhältnisse hier heute nicht besprechen und auf Abhilfe bedacht sein würden. Es muß festgestellt werden, daß diesen ganz außerordentlich schwierigen Verhältnissen gegenüber die Düsseldorfer Bevölkerung eine sehr bemerkenswerte Geduld an den Tag gelegt hat, denn, wenn der Hunger in den Eingeweiden wühlt, ist es in der Regel mit der ruhigen Ueberlegung vorbei. Deshalb muß es aber gerade Aufgabe sowohl der Stadtverwaltung als auch der Stadtverordneten sein, dafür zu sorgen, daß nicht noch in letzter Minute eine Explosion erfolgt. Bedauerlich ist, meine Damen und Herren, daß auch jetzt wieder, genau wie im Kriege, eine bestimmte Bevölkerungsschicht, die sich früher so gern die allein staatserkhaltende nannte, am schlimmsten und am gefährlichsten mit der Not des Volkes spielt. Die Landwirtschaft hat die geringsten Produktionskosten, sie ist vom Auslande am unabhängigesten, sie zahlt ganz allgemein die niedrigsten Löhne, aber sie ist es, die bei der Preisgestaltung ihrer Produkte am schnellsten dem Dollar folgt. Die Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln sind in den letzten Tagen geradezu phantastisch gestiegen, und, wenn die Bevölkerung auf dem Markt sie nicht zahlen will — Herr Aders, Sie wissen es ja ganz genau —, dann werden die Waren wieder auf gepaßt und sie verschwinden in den bekannten unterirdischen Kanälen. Meine Damen und Herren! Unsere staatserkhaltende profitgierige Landwirtschaft verschmäht es auch nicht, sich aus Profitinteresse an die Besatzungsbehörde zu wenden. (Hört, hört! links.) Ich will in diesem Falle nicht deutlicher werden, aber die Polizeiverwaltung der Stadt Düsseldorf wird mit das bestätigen müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich hier von phantastischen Preisen gesprochen habe, so geschah das nicht im Hinblick auf die vielen Nullen, die an der Ziffer des Preises sich befinden, sondern ich nenne die Preise für die notwendigen Lebensmittel deshalb phantastisch, weil sie zu dem Arbeitslohn, den die werktätige Bevölkerung heute bezieht, in gar keinem Verhältnis mehr stehen. Die Preise für fast alle Erzeugnisse, insbesondere der Landwirtschaft, waren schon bis zum verfloffenen Freitag auf über das 100 000fache des Friedensjahres gestiegen. Wenn ich die Löhne der Arbeiter — im gleichen Verhältnis stehen die Einkommen der Angestellten und der kleineren und mittleren Beamten — damit vergleiche, so kann ich höchstens sagen, daß die Löhne etwa den 50 000fachen Friedenslohn erreicht haben. Meine Damen und Herren! Das ergibt sehr lehrreiche Rechenexempel. Kartoffeln wurden schon am Ende der verfloffenen Woche mit 10 bis 12 000 Mark pro Pfund gehandelt. (Zurück Aders: Nicht vom Erzeuger!), auf dem hiesigen Wochenmarkt. Dieselben Kartoffeln, die zu der gleichen Jahreszeit vor dem Kriege mit höchstens 10 Pfennig pro Pfund bezahlt wurden. Meine Damen und Herren! Der Arbeiter hat heute im Durchschnitt einen Stundenlohn von 30 000 Mark; große Kategorien von Arbeitern erreichen diesen Stundenlohn noch nicht. Er hatte im Frieden einen Stundenlohn von 60 Pfennig. Das ergibt, auf die Kartoffelpreise umgerechnet, daß der Arbeiter sich im Frieden für seinen Stundenlohn in der heutigen Jahreszeit 6 Pfund Kartoffeln kaufen konnte, während er sich gegenwärtig gerade noch 3 Pfund dafür kaufen kann. Meine Damen und Herren! Für einen Zentner Kartoffeln muß heute der Arbeiter

— ich nenne den Arbeiter, weil die Stundenlöhne hier in Frage kommen, bei den Angestellten und Beamten trifft das in gleichem Sinne zu — über 33 Stunden tätig sein. Früher konnte er diesen Zentner bereits mit dem Ertrage von 16 Arbeitsstunden erwerben. Das gleiche trifft bei den Milchpreisen zu. Für einen Stundenlohn kann man sich heute nur etwa 1½ Liter Milch kaufen; früher konnte man mindestens 3 Liter Milch dafür erstehen. Für ein Pfund Margarine mußte früher ein Stundenlohn aufgewendet werden; heute muß man 3½ Stundenlöhne hergeben, um ein Pfund Margarine zu bekommen. Beim Fleisch ist die Steigerung genau dieselbe.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir einmal ein sehr lehrreiches Rechenexempel darüber aufgemacht, was ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter sich im Frieden für 36 Mark, die etwa dem Durchschnittslohn eines Arbeiters entsprachen, kaufen konnte. Für 36 Mark konnte man sich im Frieden kaufen: 1 Zentner Frühkartoffeln, 10 Graubrote, 10 Pfund Rindfleisch, 10 Liter Milch, 10 Pfund Margarine und 10 Pfund Mehl. Heute kann man sich für einen Wochenlohn von 1½ Millionen Mark, der dem Stundenlohn von 30 000 Mark entspricht, den ich eben genannt habe, nur noch kaufen: statt des Zentners Kartoffeln 50 Pfund, statt der 10 Graubrote 5, statt der 10 Pfund Rindfleisch 4, statt der 10 Liter Milch 4, statt der 10 Pfund Margarine 4½, statt der 10 Pfund Mehl 4 Pfund. Aus diesen Ziffern, meine Damen und Herren, geht hervor, daß die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 50 Prozent gesunken ist. Ich glaube allerdings, wenn ich das einschalten darf, daß man mit diesen Ziffern auch wirksam dem Märchen von den hohen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenlöhnen begegnen kann. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um ein Rechenexempel, denn die Ware, die ich eben genannt habe, kann sich natürlich niemand für den Wochenlohn in dem Umfange kaufen, weil davon auch noch Textilwaren, Kohlen und Miete bestritten werden müssen.

Meine Damen und Herren! Gerade auf dem Textilmarkt, wenn ich das einschalten darf, ist die Entwicklung besonders katastrophal gewesen. Ein Anzug für 10 Millionen wird heute von der Branche noch als billig angesprochen. Dabei sind zehn Millionen etwa sieben Wochenlöhne, während man früher nur zwei Wochenlöhne für einen Anzug aufzuwenden hatte.

Bei einer Besprechung, die ich gestern mit einem Schuhwarenhändler hatte, wurde mir erklärt, daß die Fabriken heute die Preise für Herrenstiefel auf 3—4 Dollar festsetzen. Das heißt: die Schuhwarenhändler müssen die Herrenstiefel zu diesem Preise einkaufen einem Preise, der nach dem augenblicklichen Dollarkurs 3 bis 4 Millionen Papiermark entspricht. 3 bis 4 Millionen Mark für ein Paar Herrenstiefel im Einkauf! Man muß sich vergegenwärtigen, was daraus werden soll, wenn auf der anderen Seite das Arbeitseinkommen der werktätigen Bevölkerung im allgemeinen kaum auf 3 Millionen pro Woche steht.

Das eine muß noch gesagt werden: Es ist eine sehr bedauerliche Erscheinung, daß man den unsittlichen Wiederbeschaffungspreis nicht schon längst als einen überwundenen Standpunkt bezeichnet und daß bei Verkäufen heute überhaupt nur noch in Dollar fakturiert wird. Die Flucht vor der Mark ist bei den Produzenten, bei der Industrie und dem Großhandel vollständig geworden. Dabei muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß auch bei den Textilprodukten, deren Rohstoffe fast ausschließlich aus dem Auslande bezogen werden, doch immerhin höchstens 50 Prozent Auslandsware verarbeitet worden ist, während die übrigen 50 Prozent auf Unternehmergewinn, Arbeiterlöhne und sogenannte Geschäftsunkosten entfallen. Die Unkosten und Löhne berechnet sich der Fabrikant heute treu und brav in Dollar. Er bezahlt die Löhne aber nicht in Dollar, sondern die Ueberbezahlung, die er dadurch bekommt, ist ebenfalls Unternehmerprofit. Das ist nach meiner Auffassung auch eine Erklärung dafür, warum auf dem Effektenmarkt die Kurse so wahnsinnig in die Höhe gehen und noch über den Dollarpreis hinaus steigen.

Meine Damen und Herren! Zu all den geschilderten Nöten kommt dann noch die bange Sorge der Bevölkerung: Wie wird es mit der Kohlenversorgung für den Winter? Schon heute ist jeglicher Hausbrand aufgezehrt, und das Bild, das wir täglich auf der Straße sehen können, daß Frauen und Kinder hinter Kohlenwagen herlaufen, um nur ein Stückchen herabfallender Kohle zu ergattern, ist ein Zeichen dafür, wie groß die Not bereits in der Beziehung ist.

Meine Damen und Herren! Wenn wir so sehen, wie auf allen Gebieten: bei der Lebensmittelversorgung, bei der Kohlenversorgung, bei der Textilversorgung, bei der Schuhversorgung die Not immer weiter und weiter steigt, dann muß man es einfach für verwunderlich halten, daß es trotzdem auch in unserer Stadt noch Volksgenossen gibt, die in schrankenlosem Egoismus die Bevölkerung geradezu zur Verzweiflung treiben.

Wir können bei der Besprechung der Lebensmittelschwierigkeiten unserer Stadt nicht vorbeigehen an dem Streit, den die Bäckermeister in der vorigen Woche hier in Düsseldorf inszeniert haben. Meine Damen und Herren! Ich nenne es eine Frivolität ohne Gleichen, wenn die Bäckermeister einfach ihre Läden schließen, um höhere Preise zu erzwingen. Wie oft mögen gerade die Bäckermeister, die in der vorigen Woche ihre Läden geschlossen haben, sich über Streiks der Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben aufgeregt haben, und nun setzen sie selbst die Bevölkerung einer Stadt mit fast einer halben Million Einwohner bewußt dem Hunger aus, um ein paar tausend Mark mehr für ihr Brot zu erzielen. Meine Damen und Herren! Kein vernünftiger Mensch in der Stadt Düsseldorf hätte ein Wort der Mißbilligung finden können, wenn sich die berechtigige Erregung der Bevölkerung gegenüber diesen frivolen Maßnahmen darin geäußert hätte, daß man sämtlichen Bäckermeistern, die ihre Läden geschlossen haben, die Schaufenster zertrümmert hätte. (Stadt Dr. Heder widerspricht.) Kein vernünftiger Mensch hätte sich dagegen wenden können, Herr Dr. Heder, höchstens diejenigen, die Mehl gefug gehamstert haben, um sich selbst zu versorgen. Meine Damen und Herren! Herr Kürten, den wir hier beinahe als deutschvolksparteilichen Stadtverordnetenkollegen gesehen hätten, und sein Anhang haben sich nicht gescheut, selbst bis zum Landesverrat zu schreiten. Ich habe allerdings berechtigte Zweifel, ob sich ein eifriger Staatsanwalt finden wird, der dagegen ebenso schneidig einschreitet, wie es gelegentlich gegen Arbeiter geschieht, die sich in Not und Erregung einmal zu Unbesonnenheiten auf der Straße haben hinreißen lassen. Meine Damen und Herren! Der Vorstoß der Herren Bäckermeister richtet sich nach unserer Auffassung in erster Linie gegen die verhaßte Brotkarte, gegen die Zwangswirtschaft, die zum Teil noch besteht; die Brotkarte ist ihnen ein Grauel. Wir glauben, daß gewisse Herren sogar den Hintergedanken hatten, vielleicht auf Grund des Tumultschadengesetzes noch besondere Profite zu machen. (Stadtverordneter Dr. Heder: Das ist die richtige Hege!) Die Bäckermeister zu verteidigen, überlasse ich gern Ihnen, Herr Dr. Heder. Glücklicherweise gibt es noch Mittel und Wege, daß auch die Bäume der Bäckermeister nicht in den Himmel wachsen, Herr Dr. Heder; darauf werde ich später noch zurückkommen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns über die Wege zur Abstellung oder Milderung der gegenwärtigen Nöte schlüssig werden wollen, dann können wir uns allerdings der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie erwachsen sind aus dem verlorenen Kriege und dem darauf folgenden Versailler Friedensvertrag. Hoffentlich zeigen die gegenwärtigen Zustände — wenn ich das einflchten darf — auch dem letzten Volksgenossen, was es mit dem berühmten „Stahlbad“ auf sich hatte und wie grausam und schredlich ein Krieg auch in seinen Folgeerscheinungen ist. Wenn ich boshaft wäre, dann könnte ich den Herren, die in ihrem innersten Herzen heute noch monarchistisch sind, zurufen: Das sind die herrlichen Zeiten, denen uns Wilhelm II. entgegenführen wollte. Meine Damen und Herren! Aber auch nach der anderen Seite hin muß immer wieder gesagt werden, daß die Reparationsforderungen aus dem Versailler Friedensvertrag unerfüllbar sind (lebhaft Zustimmung) und daß ihre zwangsweise Durchsetzung nur ein verelendetes Deutschland schaffen kann. Meine Damen und Herren! Daß aber ein verelendetes Deutschland überhaupt nicht zur Wiederherstellung Europas beitragen kann, das ist nicht nur gemeinsame Auffassung der Sozialisten der ganzen Welt, sondern auch in weitesten bürgerlichen Kreisen Englands und Italiens wird diese Auffassung allmählich Gemeingut, und selbst in Frankreich und Belgien mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, daß von einem völlig verelendeten Deutschland Reparationszahlungen überhaupt nicht mehr zu erhalten sind. Deshalb darf ich vielleicht auch hier an dieser Stelle den Satz aussprechen: Man muß uns leben lassen, wenn wir arbeiten sollen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir auch erkennen, daß die Not, die gegenwärtig das ganze Volk ergriffen hat, zwangsläufig aus dem Friedensvertrage herzuleiten ist, so müssen doch

Stadtverwaltung und Stadtverordnete ihrerseits alles dazu beitragen, um diese Not, soweit es möglich ist, zu lindern. Aber, wie es im Kriege Kriegsgewinnler gab, so gibt es auch jetzt wieder eine Sorte von Menschen, die keinen anderen Ehrgeiz kennt, als aus der Not des Volkes besondere Profite zu schlagen. Wir verlangen deshalb, daß dem Wucher auf das allerentschiedenste entgegengetreten wird. Die Verwaltung der Stadt Düsseldorf kann hier sehr viel tun, wenn nur der ernstliche Wille vorhanden ist. Sie kann auf das Reich und auf die Gesetzgebung einwirken, sie kann Abmachungen im Bezirk treffen, um die tolle Preistreiberei der Städte untereinander zu unterbinden; sie kann vor allen Dingen auch örtlich dafür sorgen, daß der Not gesteuert wird, einmal durch eigene Warenbeschaffung und dann insbesondere durch schärfste Kontrolle der Händler in der Stadt selbst.

Meine Damen und Herren! Die Gewerkschaften aller Richtungen sind ebenfalls bereits zusammengetreten und haben über Mittel und Wege nachgedacht, um der Not zu steuern. Ich persönlich möchte mich hier auf den Boden der Forderungen stellen, die die Gewerkschaften erhoben haben; sie verlangen vom Reich die Sicherstellung ausreichender Mengen von Mehl, Kartoffeln, Fett, Fleisch, Milch, Hülsenfrüchten und Speck, eventl. wenn es nicht anders geht, auch durch Zwangswirtschaft. Weiter muß verlangt werden, daß die Wucherer drakonisch bestraft werden, daß Wucherergerichte, die mit Laienbeisitzern besetzt sind, sofort die Wucherer aburteilen. Meine Damen und Herren! Nur die Tatsache, daß bisher in der Beziehung so gut wie nichts geschehen ist, daß nicht scharf genug durchgegriffen wurde, hat es mit sich gebracht, daß der Wucher so ungehemmt wüten kann. Ich sage eben schon, im Bezirk muß die Verwaltung durch Verhandlungen mit den übrigen Städten dafür sorgen, daß die Städte nicht durch Preistreibereien untereinander die Waren auf dem Lebensmittelmarkt noch weiter verteuern. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Stadt Essen und die Stadt Köln, die Stadt Düsseldorf und die Stadt Duisburg ihre Einkäufer hinaus-schicken und sich gegenseitig in den Preisen überbieten. Es muß eine bezirkliche Abmachung getroffen werden, um diese Preisüberbietungen zu verhindern. Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Regierungspräsident hier die außerordentlich dankbare Aufgabe hätte, eine entsprechende Einigung herbeizuführen. Ich glaube sogar, daß diese Aufgabe dankbarer wäre als die fortgesetzte unerhörte Bevormundung, die sich der Herr Regierungspräsident in letzter Zeit mit besonderer Vorliebe gerade der Stadt Düsseldorf gegenüber leistet. Allerdings darf die Stadtverwaltung selbst bei der Preisfestsetzung nicht ein so schlechtes Beispiel geben, wie sie es beim Streit der Bäckermeister mutig zurückgewichen ist. Sie hätte nicht einfach zusammenklappen und noch über die Bezirkspreise hinausgehen dürfen, sondern sie hätte das tun sollen, was ihr von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geraten wurde; sie hätte einige Großbäckereien beschlagnahmen müssen, die dann gemeinsam mit den Bäckereien der Konsumvereine die Brotversorgung der Stadt Düsseldorf in die Hand nehmen konnten. Wenn es in Arbeiterkreisen über die Schließung der Brotläden nicht zu großen Unruhen gekommen ist, so verdanken wir das den Konsumvereinen, die wenigstens einen Teil der Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, noch mit Brot versorgt haben. Ich weise darauf hin, daß, wenn die Verwaltung einmal energisch vorgeht, die Bäume der Herren Bäckermeister nicht in den Himmel wachsen. In Wesel haben sich ähnliche Dinge abgespielt wie hier in Düsseldorf. Dort hat die Stadtverwaltung den Bäckermeistern damit gedroht, sie würde die alte Militärbäckerei wieder aufmachen, um dort Brot für die Bevölkerung zu backen. (Zuruf Hommerich: Sie können es auch nicht besser als die Bäckermeister!) Ob es nicht besser gemacht werden kann, wissen Sie doch nicht; wir wollen damit lediglich den übertriebenen Preisforderungen begegnen. Ich glaube, wenn man solchen Forderungen einmal energisch entgegentritt, daß dann auch entsprechende Erfolge zu verzeichnen sind.

Meine Damen und Herren! Wir verlangen weiter die schärfste Kontrolle der Preise der Lebensmittel und der sonstigen notwendigen Bedarfsartikel, unter Zuziehung von Kontrolleuren aus Konsumentenkreisen. Wenn Sie sich heute einmal die Schaufenster ansehen, dann können Sie konstatieren, daß fast kein Geschäftsmann mehr die Waren auszeichnet, obwohl Polizeiverwaltung und Besatzungsbehörde diese Auszeichnung verlangen, und, wenn Sie einmal irgendwo Auszeichnungen finden, so sind es nur Grundpreise, für die der einfache Mann kein Verständnis

hat, weil ihm der Multiplikator fehlt, womit er die Grundpreise zu multiplizieren hat, um die wirklichen Preise festzustellen. In der Beziehung muß unsere Polizeiverwaltung etwas schärfer durchgreifen. Darüber hinaus verlangen wir, daß dem Anflug der Schließung der Läden gesteuert wird. Es ist ein Unrecht besonders der Arbeiterbevölkerung gegenüber, daß die Läden nur ein paar Stunden am Vormittage aufhaben, so daß die Leute, die weniger zu tun haben, noch kaufen können, während das arbeitende Volk nicht die Möglichkeit hat zu kaufen, weil die Läden geschlossen sind. Hier muß eine Mindestverkaufszeit festgesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Die Forderung, zu der Preiskontrolle Kontrolleure aus Konsumententreifen hinzuzuziehen, wird von uns insbesondere deshalb erhoben, weil wir leider wiederholt konstatieren mußten, daß von den berufenen Aufsichtorganen, von der Polizei, nicht energisch genug vorgegangen worden ist. Dafür ein kurzes Beispiel: Kürzlich hatte unser Kollege Helmig auf dem Karlplatz beobachtet, wie städtische Kartoffeln mit Handkarren zentnerweise abgefahren wurden. Es kam zu Auseinandersetzungen mit dem überwachenden Polizeibeamten, der sich grundsätzlich weigerte, gegen diesen unberechtigten Großverkauf einzuschreiten. Auf Beschwerde bei dem zuständigen Polizeidezernenten ist dann der erste Polizeibezirk, der hier in Frage kam, zum Bericht aufgefordert worden, und dieser Bericht ist nun geradezu typisch. Meine Damen und Herren! Es heißt darin:

„Dem Bezirk war nicht bekannt, daß es sich um städtische Kartoffeln handelte, die auf dem Karlplatz zum Verkauf gelangten. Ich hatte“, so schreibt der Polizeikommissar, „jedoch angeordnet, daß jedem Käufer nur 10 Pfund und Familien mit größerer Kopfzahl 20 Pfund verabfolgt werden sollten. Dies ist auch durchgeführt worden. Von den Kartoffeln, die die Frau Hamener auf Handkarre abgefahren hat, sind 4 Zentner an 40 Beamte des ersten Bezirks verteilt und 2 Zentner dem Gefangenenaußseher Litorbarsky verabfolgt worden, den Rest hat die Speisewirtschaft Neusch am Burgplatz erhalten. Wäre dem Bezirk bekannt gewesen, daß es sich in diesem Falle um städtische Kartoffeln, die nur zum Verkauf auf dem Karlplatz bestimmt waren, handelte, so wäre der Abtransport verhindert worden.“

Das sind doch wirklich sehr merkwürdige Dinge, die hier in dem Bericht stehen. Einmal weiß man nicht, daß die in dem Bezirk zum Verkauf gelangenden Kartoffeln städtische Kartoffeln sind — da würde ich empfehlen, daß sich die Herren Dezernenten besser verständigen —; dann hat man angeordnet, daß nur Kleinverkauf stattfindet. Der Polizeibeamte weigert sich aber einzuschreiten, wenn ein Stadtverordneter sich legitimiert und sagt: Verhindern Sie diesen Großverkauf. Nachher gibt man dann selbst zu, daß der Großverkauf statigefunden hat. Meine Damen und Herren! Um solche Vorkommnisse zu verhüten, ist es allerdings nötig, daß unserem Verlangen, Kontrolleure aus Konsumententreifen zuzuziehen, stattgegeben wird.

Meine Damen und Herren! Dann schlägt meine Fraktion im einzelnen noch vor: Hinsichtlich der Fleischversorgung Heranholung der in Hamburg noch greifbaren größeren Mengen Gefrierfleisch, und, falls, wie es jetzt schon verlaute, die Händler sich weigern sollten, Vieh nach dem Schlachthof zu bringen, weil ihnen angeblich die Kredite fehlen und sie die Kredite gerne von der Stadt Düsseldorf erhalten möchten, so verlangen wir, daß die Stadt Düsseldorf den Viehtrieb nach dem Schlachthof in die eigene Hand nimmt.

Wir möchten aber nicht vergessen, schon jetzt die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung auf die großen Schwierigkeiten hinzulenken, die dem Kartoffeltransport im Herbst drohen. Die Kartoffeln, die aus dem unbefestigten Gebiet zu uns kommen, gehen jetzt fast ausnahmslos über den Bahnhof Benrath. Wenn es auch im Herbst noch so ist, dann wird es notwendig sein, daß ungeheure Mengen von Fuhrwerken zur Verfügung stehen, um einen glatten Abtransport zu ermöglichen. Es muß Aufgabe der Verwaltung sein, schon jetzt auf Mittel und Wege zu sinnen, um diesen Abtransport schleunigst zu vollziehen. Weiter kann es nicht schaden, wenn das Lebensmittelamt sich heute schon mit der Reichseisenbahndirektion Elberfeld, die bekanntermaßen besonders langsam arbeitet, in Verbindung setzt, damit nicht mehr wie früher nur einzelne Wagen für den Kartoffeltransport zur Verfügung gestellt werden, sondern damit in der Berladepériode ganze Eisenbahnzüge in das befestigte Gebiet hineinkommen, unter Berufung auf die großen Schwierigkeiten, die gerade dort bestehen.

Bei der Kohlenversorgung wünschen wir ebenfalls dringend, daß die Verwaltung den Wünschen und Forderungen folgt, die die Gewerkschaften erhoben haben, daß man, wenn es nicht möglich ist, die Kohlen, die jetzt herangeholt werden, ordnungsgemäß an die Bevölkerung zu bringen, überlegt, ob es nicht doch noch möglich ist, auf irgendeine Weise aus dem Kölner und Nachener Braunkohlengbiet Briketts heranzuholen. Wenn auch das nicht möglich sein sollte, wünschen wir dringend, daß wenigstens eine große Holzreserve, wie wir sie im Kriege hatten, von der Stadt geschaffen wird, um im Winter wenigstens die dringendste Not zu lindern.

Meine Damen und Herren! Das sind eine Reihe von Maßnahmen, die geeignet wären, die Not zu lindern, wenn die Stadtverwaltung sie durchführt. Ich darf dabei aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß schnelles Handeln dringend notwendig ist, wenn sich nicht Schlimmstes ereignen soll. Ich habe schon vorherhin darauf hingewiesen, daß die Lebenshaltung der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Friedensstande gesunken ist. Noch viel schlimmer steht es mit der Lebenshaltung der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsoffer und der Erwerbslosen, die nicht einmal über das geringe Einkommen verfügen, das ich vorherhin für die im Erwerbsleben Stehenden angeführt habe. Meine Damen und Herren! Es ist nach der Auffassung meiner Fraktion nur noch wenige Sekunden vor Zwölf. Darum muß die Verwaltung schnellstens handeln, wenn sich nicht auch in Düsseldorf Vorkommnisse ereignen sollen, wie wir sie in Breslau, Gelsenkirchen und anderen Orten zu beklagen gehabt haben. Darum rufen wir der Verwaltung heute nochmals zu: Handele schnell, bevor es zu spät ist! (Beifall links.)

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Meine Damen und Herren! Die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterial ist schon seit Wochen in der Verwaltung eingehend erwogen worden, und Sie werden aus den Ausführungen des Herrn Dezernenten ersehen, daß es der Mahnung, schnell zu handeln, nicht bedurfte; sondern daß wir schon gehandelt haben und daß unsererseits alles geschehen ist, um Katastrophen zu vermeiden und die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Beigeordneter Reuter: Meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind der Stadtverwaltung durchaus bekannt, und auch ohne den Antrag der BSGP. wären in der heutigen Stadtverordnetenversammlung Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung gemacht worden. Gestatten Sie mir, kurz auf die Ausführungen des Herrn Gerlach einzugehen.

Es stimmt, daß der Reallohn im großen Maße gesunken ist und daß es nicht möglich ist, von dem heutigen Arbeitseinkommen nur einen Teil dessen zu kaufen, was früher dafür gekauft werden konnte. Und die Kurve in der Preisgestaltung schreitet noch weiter nach oben, so daß die Gefahr vorliegt, daß der Reallohn des Volkes noch weiter sinkt. Dazu kommt, daß nicht allein in Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten diese schlimmen Verhältnisse obwalten; auch ein großer Teil des Mittelstandes, der früher ein großes Einkommen hatte, kann heute den Preisen nicht mehr folgen. (Sehr richtig! im Ztr.), und ein großer Teil der Geschäftsleute, die Waren verkaufen, sind heute kaum mehr in der Lage, ihre Läger wieder zu ergänzen. (Zustimmung in der Mitte.) Also ein durchaus unhaltbarer Zustand, dem gesteuert werden muß.

Hinsichtlich der Brotversorgung liegen die Verhältnisse heute wohl noch am besten, da der Bevölkerung wenigstens das Maß zugeführt wird, das ihr an und für sich immer zugemessen wurde. In der Brotversorgung sind m. E. auch Schwierigkeiten in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten. Schwierigkeiten ergaben sich nur in der letzten Woche, als die Bäckermeister plötzlich ein Ultimatum stellten, ihnen einen höheren Backlohn zu bewilligen, oder aber sie würden die Läden schließen. Es ist nicht richtig, was Herr Gerlach sagt, daß die Stadtverwaltung vor den Bäckermeistern zurückgewichen sei und ein schlechtes Beispiel gegeben habe. Meine Damen und Herren! Es ist den Bäckermeistern gesagt worden: Erst die Läden auf, dann ist die Stadtverwaltung bereit, über die Backlöhne zu verhandeln. Das eine steht zweifellos fest, daß die Backlöhne den heutigen Verhältnissen nicht mehr angemessen waren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Darüber war sich auch die Regierung klar, die ja bereits die Sätze, die wir nachher den Bäckermeistern zum Teil zugestanden haben, vorkalkuliert hatte und sie ebenfalls als richtig festsetzen

wollte. Der Streit ging nur darum, ob zunächst der Hauptausfluß angehört werden sollte oder nicht. Uebrigens haben auch die Bäckermeister nicht das Gefühl, daß sie in dem Kampfe gesiegt haben. (Zuruf links: Doch, das haben sie!) Sie schreiben selbst in einer Erklärung, die sie heute gegenüber einer Behauptung einer hiesigen Zeitung loslassen:

„Es heißt in dem angezogenen Blatt, die Stadtverwaltung habe kapituliert. Das ist die Unwahrheit. Wir haben kapituliert, und zwar vor den Verhandlungen, wie es sich ja auch für einen Bürger geziemt.“ (Widerspruch links.)

Meine Damen und Herren! Ich habe es nicht als eine Kardinalfrage angesehen, ob nun einen Tag früher oder später über die Forderungen der Bäckermeister verhandelt wurde, sondern ich habe es für das wichtigste gehalten, daß nach einigen Stunden sofort die Läden wieder aufgemacht wurden, damit keine Katastrophe heraufbeschworen wurde. Im übrigen haben wir nur das gegeben, was unserer Meinung nach dringend notwendig war.

Bezüglich der Kartoffelversorgung bestehen im Augenblick noch Schwierigkeiten. Es ist uns allerdings gelungen, heute in größerem Maße Auslandskartoffeln nach Düsseldorf zu schaffen, und auch für die nächsten Tage stehen größere Auslandstransporte bevor. Der Preis ist allerdings außerordentlich hoch, kosten doch die Kartoffeln in Holland drei Gulden und mehr. Bei einem Devisenstande von 430 000 Mark für einen Gulden können Sie sich selbst ausrechnen, was die Kartoffeln kosten.

Herr Stadtverordneter Gerlach hat von der Versorgung mit Herbstkartoffeln gesprochen und die Forderung aufgestellt, die Stadt solle sich sofort mit der Bahn wegen Sammeltransporte in Verbindung setzen. Wir haben dieser Forderung bereits vor einigen Wochen genügt, indem wir einen diesbezüglichen Antrag nicht nur für die Herbstkartoffelversorgung, sondern auch für die Frühkartoffelversorgung aus den mitteldeutschen Bezirken gestellt haben. (Sehr gut! im Zentrum.) Eine Antwort haben wir allerdings bis jetzt von der Eisenbahn noch nicht bekommen.

Hinsichtlich des Gemüses liegen ebenfalls Schwierigkeiten insofern vor, als insbesondere auswärtige Händler versuchen, das Gemüse, das in der Umgegend von Düsseldorf gezogen wird, nach auswärtig zu versenden. Einschränkend muß ich bemerken, daß auch früher bereits ein Teil des hiesigen Gemüses nach auswärtig, namentlich zu dem Elberfelder und Barmer Markte, gewandert ist. Was aber diesmal die Schwierigkeit größer macht, ist der Umstand, daß in diesem Jahre lange nicht soviel Frühkartoffeln und Gemüse im hiesigen Bezirk angepflanzt worden sind, daß vielmehr viele Flächen, die früher der Produktion von Kartoffeln und Gemüse gedient haben, in diesem Jahre mit Roggen und Weizen besät wurden, weil bei diesen Produkten ein höherer Gewinn zu erwarten war. Um den Schwierigkeiten zu steuern, haben wir vorläufig die Ausfuhr von Gemüse und Frühkartoffeln aus dem hiesigen Bezirk verboten, und die hiesigen Bahnhöfe werden daraufhin überwacht. (Zuruf links: Auch die Lastautos?) Es mag sein, daß hier und da doch noch etwas durchgeschmuggelt wird; aber nach Möglichkeit sollen die Transporte aufgehalten werden. Es ist dies allerdings eine etwas zweischneidige Maßnahme, die wir ergriffen haben. Aber die Stadtverwaltung steht einmütig auf dem Standpunkte, daß bei den heutigen Schwierigkeiten das hier erzeugte Gut an Kartoffeln und Gemüse zunächst zur Ernährung der Düsseldorfer Bevölkerung selbst zu dienen hat.

Hinsichtlich der Milch liegen die Schwierigkeiten besonders in der Preisfrage, und es steht zu befürchten, daß eine weitere Steigerung auch des Milchpreises noch kommt. Der Grund für die Preissteigerung ist darin zu suchen, daß für die übrigen Molkereiprodukte weit höhere Preise gezahlt werden. Wenn die Milch in Butter und Käse umgewandelt oder den Margarinefabriken zugeführt wird, wird ein weit höherer Preis erzielt, als es sonst bei der Milchversorgung der Fall war. Aus diesem Grunde sind die Städte dazu übergegangen, die Preise für Milch in eine gleitende Skala gegenüber den Preisen der übrigen Molkereiprodukte zu bringen. Es war nicht anders zu machen, weil sonst auch die letzte Milch als Frischmilch für die Städte verloren gegangen wäre.

Hinsichtlich der Fleischversorgung ist zu berichten, daß der Auftrieb an Frischfleisch ungeheuer gering ist. Nur ein Drittel dessen, was sonst auf den Markt kommt, bei einigen Gattungen

legat noch weniger, war gestern auf dem Markte aufgetrieben, und die Preise für Frischfleisch waren ganz exorbitant hoch. Für Rindfleisch wurde ein Preis von 55 000 Mark für das Pfund Lebendgewicht gezahlt, was einen Schlachtgewichtspreis von etwa 110 000 Mark bedeutet. Selbst dann, wenn das Fell voll angerechnet wird, muß damit gerechnet werden, daß in dieser Woche das Fleisch einen Preis von weit über 100 000 Mark haben wird. Es ist vorgeschlagen worden, Gefrierfleisch heranzuholen und, wenn die Händler nicht selbst Gefrierfleisch in genügendem Maße heranschaffen könnten, städtischerseits eigene Wege zu gehen. Diese Wege sind bereits von der Stadt beschritten worden; wir haben schon Gefrierfleisch beschafft, das in dieser Woche an die Bevölkerung zur Ausgabe gelangen kann und einen weit geringeren Preis haben wird, als das Frischfleisch haben muß. Allerdings werden auch hier die Schwierigkeiten insofern größer, als mit jeder weiteren Entwertung der Mark der Preis für das Gefrierfleisch in die Höhe geht, da Gefrierfleisch nur in Devisen gekauft werden kann. Der Viehhandel erklärt, daß er nicht in der Lage ist, ohne städtische Kredite eine genügende Frischfleischversorgung zu bewerkstelligen. Dies dürfte auch richtig sein. Ein ausgewachsener Ochse kostet heute 100 Millionen, und es sind keine Kapitalien vorhanden, um den Viehmarkt zu solchen Preisen zu versorgen. Es ist deshalb bei den Besprechungen, die heute morgen mit einem Vertreter des Viehhandels und der Mehgerinnung stattgefunden haben, vorgeschlagen worden, evtl. in Verbindung mit der Stadt eine Fleischhandelsgesellschaft zu bilden, um diesen Schwierigkeiten begegnen zu können.

Dieselben Schwierigkeiten, die bei der Fleischversorgung bestehen, sind auch für die Fettversorgung insofern maßgebend, als auch diese Versorgung lediglich eine Devisenfrage ist. Wenn nicht in größerem Maße als bisher Devisen zugeteilt werden, wird es nicht möglich sein, die Fettversorgung voll und ganz zu befriedigen.

Auf den übrigen Gebieten des Lebensmittelhandels — Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, Mühlenprodukte usw. — liegt es so, daß die Vorräte an Waren m. E. recht knapp sind. Mit dem Handel zusammen müssen hier Wege gesucht werden, um eine größere Eindeckung zu ermöglichen. Ich hoffe, daß auch diese schwierigen Fragen in den nächsten Tagen einer Besserung entgegengehen.

Meine Damen und Herren! Es waren keine rosigen Aussichten, die ich Ihnen hier eröffnen konnte. Aber ich glaube, daß es richtig ist, die Schwierigkeiten gegenüber der Bevölkerung zu betonen. Meine Damen und Herren! Es hat keinen Wert, etwa durch Kadanelemente die Schaufenster Scheiben einzuschlagen, weil dadurch weder ein Pfund Brot noch sonst etwas mehr herangeschafft werden kann, sondern die Not nur noch vergrößert wird. Die Stadtverwaltung wird tun, was irgendwie möglich ist, sowohl in der Heranschaffung von Lebensmitteln als auch dadurch, daß alle organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um dem Handel zu ermöglichen, Waren nach hier zu schaffen. Alles, was wir zu tun in der Lage sind, wird geschehen, und wir hoffen, daß in kurzer Zeit die Schwierigkeiten überwunden werden können. (Bravo! im Zentrum.)

Stadtverordneter Brauer (3.): Wir hatten geglaubt, daß sich die Verwaltung ohne besondern Antrag zu der Lebensmittelversorgung der Stadt nähern würde. Es ist tatsächlich so, daß die Dinge langsam auf die Spitze getrieben werden und daß in der Bevölkerung eine große Erbitterung herrscht. Wir sind Herrn Beigeordneten Reuter für seine Ausführungen dankbar. Er hat uns ja auch schon in der Kommission darüber berichtet. Auch Herr Gerlach wird befriedigt darüber sein, daß manches von dem, was er angeregt hat, von Herrn Reuter schon in die Tat umgesetzt wurde.

Herr Gerlach hat mit Recht dem verlorenen Kriege und dem Versailler Vertrage die größte Schuld an den heutigen Zuständen beigemessen. Wir sind in der Beurteilung dieses Vertrages mit ihm einig; auch wir sind überzeugt, daß die Durchführung des Versailler Vertrages nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa ins Elend stürzen wird. (Sehr wahr!) Ich möchte keine politische Rede halten, da heute eine Einigkeit aller Parteien unbedingt vonnöten ist und es uns fernliegen muß, bei Erörterung der Lebensmittelversorgung politische Dinge, die uns gegeneinander aufreizen könnten, in den Vordergrund zu stellen. So verlockend es auch an sich wäre, über

Ursachen und Folgen des Friedensdiktates zu sprechen, so fürchte ich aber doch, rechts und links anzustoßen. (Zuruf Schmitt: Sie sollen aber die Wahrheit sagen!) Selbstverständlich muß man immer die Wahrheit sagen. (Stadtverordneter Schmitt: Daran fehlt es aber überall!)

Ich möchte vor allem auf einen Punkt hinweisen, den wir als Verbraucher leicht außer acht lassen: Bei der ganzen Lebensmittelverorgungsfrage ist nicht nur das Verteilungsproblem maßgebend, sondern auch das Produktionsproblem. Wir haben unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch die Produktion gefördert wird, denn Waren, die man nicht hat, kann man auch nicht verteilen. Deshalb sind wir der Meinung, daß bei allem, was man in diesen Zeiten tut, keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, die produktionshemmend wirken. Meine Damen und Herren! Wenn wir unser Vaterland, wie es jetzt nach dem Versailler Vertrage aussieht, betrachten, so müssen wir leider feststellen, daß uns eine ganze Reihe wichtiger Produktionsgebiete für die Lebensmittelversorgung verlorengegangen sind. Wir haben daher alle Ursache, auf den wenigen Gebieten, die uns geblieben sind, die Produktion möglichst anzuregen. Das ist m. E. eine Selbstverständlichkeit. Wir haben weder im Kriege noch auch nach dem Kriege mit dem auskommen können, was in unserem Vaterlande selbst produziert wird. Wir sind leider Gottes mehr, als es gut ist, in der Lebensmittelbeschaffung auf das Ausland angewiesen. Und da klang aus all den Kommissionsverhandlungen, wo von der Ernährungsfrage geredet wurde, immer und immer wieder heraus: Die ganze Frage ist eine reine Geldfrage. Es ist eine Devisenfrage für uns geworden, ob wir in dieser Zeit durchhalten können. Ich möchte auch an dieser Stelle betonen: Wir erwarten, daß das Reich mehr tut, als es bisher getan hat, damit es uns in diesen schlimmen Zeiten möglich ist, ohne Hungerkrawalle durchzukommen. Es muß dafür gesorgt werden, daß genügend Devisen vorhanden sind, damit unsere Läden nicht ganz von Waren entblößt dastehen und wegen Mangels an Waren jede Verteilung von Lebensmitteln aufhören muß. Betrachten wir den gestrigen Dollarkurs, so erkennen wir klar, daß die ganze Ernährungsfrage eine Devisenfrage ist. Aber damit will ich keineswegs guthießen, daß der Inlandspreis sich sofort dem Dollarkurs anpaßt, wenngleich eine allmähliche Angleichung notwendig ist, weil sonst nichts neubeschafft werden kann. Aber die sofortige Anpassung an den Dollarkurs ist etwas, was die Bevölkerung stark erregt und was mit Acht von allen verurteilt wird. Wenn gestern ein Dollar schon 1 100 000 Mark kostete, so wissen wir, was es besagt, mit Devisen die hauptsächlichsten Lebensmittel kaufen zu müssen. Wir leben leider in einer Zeit, wo man schlecht sogenannte Wucherfälle feststellen kann. Es ist außerordentlich schwer, auch durch Kontrollkommissionen, sogenannte Wucherfälle festzustellen, weil dabei doch immer und immer wieder der Wiederanschaffungspreis eine außerordentlich große Rolle spielt und weil die Preise von heute auf morgen derart steigen, daß man tatsächlich fast sagen muß: Es wird in Deutschland zum Prinzip werden, auf Preiserhöhung zu warten. Wo Wucherfälle festgestellt werden, bin ich selbstverständlich mit Herrn Gerlach, dem Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion, der Meinung, daß da fest zugepackt werden muß. Strafen von 20 000 bis 50 000 Mark sind geradezu geeignet, zum Wucher anzuspornen. Da muß ordentlich zugegriffen werden. Wir dürfen aber auch nicht die Leute ohne Not belästigen und dadurch die Waren von Düsseldorf in andere Bezirke treiben. Aber, wo offensichtlicher Wucher vorliegt, sollte man einmal mit starker Hand ein paar Exempel statuieren; ich glaube, die Wuchergesellschaft würde dann schon verschwinden.

Solange sich die Reichsfinanzpolitik auf die Drucklegung immer größerer Scheine beschränkt, müssen Löhne und Gehälter folgen, das geht nicht anders. Da bin ich der Meinung, daß die Löhne und Gehälter viel schneller als bisher dem sinkenden Marktwerte anzupassen sind. Ich verweise auf die Richtlinien des Herrn Arbeitsministers und möchte die Verwaltung ersuchen, sie nicht nur selbst zu beachten, sondern auch dafür zu sorgen, daß es allgemein in Industrie, Handel und Gewerbe Übung wird, diese Richtlinien zur Grundlage zu nehmen und sogenannte Teuerungsziffern maßgebend sein zu lassen, um die Löhne rasch der Teuerung anzupassen. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß auch eine öftere Auszahlung dringend geboten erscheint. Es sind eine Reihe von Gewerben in Düsseldorf schon

dazu übergegangen, zweimal wöchentlich auszuzahlen. Bei der schnellen Entwertung der Mark sind heute diejenigen, die schon Mitte der Woche ihren Lohn für die ersten Tage ausgezahlt bekommen, selbst wenn sie einige tausend Mark Stundenlohn weniger bekommen, besser gestellt als diejenigen, die an sich einen höheren Lohn beziehen, ihn aber erst später ausgezahlt erhalten. Ich möchte bitten, daß von der Verwaltung dafür gesorgt wird, daß dieser Zahlungsmodus in Düsseldorf allgemein üblich wird.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nun über der Sorge für die heutige Zeit nicht die Vorsorge für die kommende Zeit vergessen. Ich weiß, daß das Drückendste bei der Bevölkerung nicht die gegenwärtige Not ist, nicht die Sorge, ob man heute Gemüse und Kartoffeln bekommen kann, sondern die bange Sorge: Es wird immer schlimmer werden, der Herbst steht vor der Tür. Da müssen wir Vorsorge treffen, daß, wie früher, Sauerkraut, Kartoffeln, Kohlen usw. eingelagert werden können. Dafür werden Milliarden notwendig sein. Ich bin der Meinung, die Stadtverwaltung müßte mit Industrie und Handel eine Art Notgemeinschaft zur Geldbeschaffung bilden. Geld muß beschafft werden. Gelingt uns das nicht, so befürchte ich nicht nur für die gegenwärtige Zeit, sondern auch für den Winter das Schlimmste. Rechtzeitige Vorbereitung ist zur Heranschaffung des Winterbedarfs gefordert worden. Ich meine, es müßte auch bezüglich der Heranschaffung der Frühkartoffeln alles getan werden, denn unser Bezirk wird bald leer gegessen sein. Wir müssen Vorsorge treffen, daß aus anderen Gegenden möglichst rasch Kartoffeln herangeführt werden, indem vielleicht an gewissen Sammelstellen die Züge zusammengestellt und eilig in das Industriegebiet gefahren werden. Wenn ich von den Lohn- und Gehaltsempfängern geredet habe, so liegt es uns selbstverständlich fern, die anderen Kreise darüber zu vergessen. Auch weite Kreise des Mittelstandes sind durchaus notleidend. Ich will gar nicht einmal reden von den Sozialrentnern, den Kriegsbeschädigten, den Kriegshinterbliebenen und all denen, die heute bald verhungern müssen, wenn nicht seitens der Allgemeinheit eingegriffen wird. Ich möchte dringend eruchen, diesen Kreisen in diesen Tagen der Not doch möglichst entgegenzukommen und dabei über das gewohnte Maß hinauszugehen. Wenn man sieht, wie gerade in diesen Kreisen die Not zum Himmel schreit, so muß man sagen: Die Allgemeinheit muß dafür, so schwer es ihr auch fällt, noch mehr opfern als bisher.

Bei der deutschen Frage liegt die Entscheidung letzten Endes in der Lebensmittelversorgung; das ist in diesen Tagen mehrfach ausgesprochen worden. Möchte die Verwaltung alles tun, um sie so zu lösen, daß das Deutschland keinen Schaden leidet. Landwirtschaft und Handel sollen sich ihrer Verantwortung bewußt bleiben und auch daran denken, daß sie über das Heute das Morgen nicht vergessen dürfen, d. h. daß sie nicht eines augenblicklichen Vorteils wegen die Zukunft unseres Vaterlandes und damit ihre eigene Zukunft aufs Spiel setzen. Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Daran haben unsere Bäckermeister anscheinend nicht gedacht, denn sonst wäre ihr Vorgehen durchaus unverständlich. Ich spreche der Verwaltung unseren Dank dafür aus, daß sie so rasch eingegriffen und dafür gesorgt hat, daß noch am Nachmittag des Streiktages die Bevölkerung wieder Brot bekommen konnte. Ich habe an dem Morgen die Situation beobachtet und bestimmt geglaubt: Heute wird es in Düsseldorf zu den größten Krawallen kommen. Ich habe mich darüber gefreut, daß besonnene Leute und auch eine Reihe vernünftiger Arbeiter die Leute vom Plündern und Einschlagen der Fensterscheiben abgehalten haben. Wir müssen — das ist schon gesagt worden — Ruhe und Besonnenheit behalten, wir dürfen die Nerven nicht verlieren und durch Unruhen die Not verschärfen und schlimmere Dinge vorbereiten. Wir müssen in dieser Situation die Zähne aufeinanderbeißen und, wenn eben möglich, die Hand mit ans Werk legen, um über diese schlimme Zeit in eine bessere Zukunft hinauszukommen.

Herr Reuter hat namens der Verwaltung zugesagt, daß er alles tun will, was möglich ist. Wir wissen von Herrn Reuter, daß er versuchen wird, dieses Versprechen zu halten, soweit es in seinen Kräften steht. Wir kennen seine Tätigkeit aus der Kommission. Wir freuen uns, daß er in diesen Fragen bisher eine so praktische Hand bewiesen hat, und wir hoffen gern, daß die Verwaltung ihm in dieser Beziehung beisteht, und daß Stadtverwaltung und Stadtvertretung alles tun werden, um über diese schwere Zeit hinwegzukommen. (Beifall im Zentrum.)

Stadtverordneter **Aders** (3.): Meine Damen und Herren! Es ist nun schon so viel über die Lebensmittelversorgung geredet worden. Aber durch alles Reden bekommen wir keine Lebensmittel. (Zustimmung!) Herr Gerlach hat verschiedene Mittel angeführt, die die Bevölkerung beruhigen sollen: Polizei, Wucherbekämpfung, Standgerichte, Arbeiterkontrolleure und dergleichen. Mancher hier im Saale wird sich erinnern, daß ich im vorigen Jahre im großen Ernährungsbeirat gesagt habe: Ich mache die Herren von der Verwaltung dafür verantwortlich, daß wir in diesem Jahre viel weniger Gemüse haben als sonst. Mit dem Polizeiknüppel, meine Herren, erzeugt man keine Lebensmittel (Sehr richtig!), das ist ausgeschlossen. Hier in Düsseldorf war es in der Beziehung im vorigen Jahre noch nicht so schlimm, aber in der ganzen übrigen Rheinprovinz war es so, daß man alles mit der Polizei zwingen wollte; man wollte dadurch das Gemüse billig bekommen. Die Gemüsezüchter waren im vorigen Jahre nicht in der Lage, ihr Vieh zu halten. Sie konnten sich auch kein Ammoniak kaufen; sonst hätten sie es damals getan und hätten es jetzt nicht nötig, bei der Stadt deswegen anzuhalten. Deswegen ist weniger Gemüse gebaut worden. Man hat vielfach nur soviel Getreide angebaut, wie man für die Erhaltung des Viehes und der eigenen Wirtschaft nötig hatte, nicht aus Gewinnlucht, sondern aus Selbsterhaltungstrieb, weil die Gemüsepreise so niedrig waren, daß die Gemüsezüchter kein Viehfutter und Getreide aus dem Erlös kaufen konnten. Es ist nicht möglich, daß man im Sommer und im Herbst die Kartoffeln für 500—600 Mark verkauft und dann im Spätherbst und im Frühjahr für Saatkartoffeln 10—20 000 Mark bezahlt. Meine Herren, es ist nicht möglich, daß man arbeitet, ohne dabei existieren zu können. Wir in Düsseldorf brauchen uns doch wahrhaftig nicht über zu hohe Gemüsepreise zu beklagen. Gott sei Dank haben wir in Düsseldorf noch ziemlich getragene Verhältnisse. Die Landwirte und Gemüsezüchter arbeiten mit der Verwaltung und den Verbrauchervertretern zusammen, und ich glaube doch, daß die Herren sagen müssen, daß alles ziemlich glatt abgeht. Darum möchte ich, bevor man zu schärferen Maßnahmen greift, bitten, daß man der Landwirtschaft etwas mehr Schutz gewährt. So bekommen die Leute, die nicht radikal genug sind, keine Kartoffeln.

Was die Gemüseknappheit betrifft, so möchte ich noch anführen, daß wir in diesem Jahre eine Witterung gehabt haben, die Menschen und Pflanzen angegriffen hat. Das Spätgemüse, das jetzt auf den Markt kommt, ist bis zur Hälfte im Samen geschossen und nicht zu verkaufen. Wer ein Interesse daran hat, mag sich davon überzeugen. Die Bohnen, die jetzt da sein müßten, sind durch den vielen Regen verdorben, und wir brauchen nicht auf Einmachbohnen zu rechnen.

Nun will die Stadt in Stodum ein Stadion bauen, und zwar mitten in ländliches Kulturland hinein, das Eigentum der Stadt ist. Ich meine, wenn wir alles daran setzen, um Lebensmittel herbeizuschaffen, dann sollten wir auch das Geld, das wir hier für das Stadion brauchen, zum Anlauf von Lebensmitteln verwenden und nicht fruchtbaren Boden verderben. Damit wäre der Allgemeinheit besser geholfen.

Eine andere Sache. An der Ulmenstraße werden jetzt die Schienen in Felder hineingelegt, auf denen Kartoffeln stehen, die in 14 Tagen geerntet werden können. (Hört, hört!) Der Schaden für die einzelne Familie fällt nicht so sehr ins Gewicht, wie die Tatsache, daß nicht mehr so viel geerntet wird. Es ist schon früher hierauf aufmerksam gemacht worden; da hat man versprochen, es solle mit der Erweiterung der Ulmenstraße so lange gewartet werden, bis die Kartoffeln abgeerntet seien. Was würde das denn auch ausmachen? Den Leuten werden 14 Tage genügen, um das Land frei zu machen. Wenn das ein anderer machte, so würde man ihn einfach aufhängen.

Meine Damen und Herren! Spannen Sie den Bogen nicht zu straff. Noch ist hier in Düsseldorf das Verhältnis zwischen Erzeuger, Verbraucher und Stadtverwaltung ein gutes, und wir Landwirte tun alles, was uns möglich ist. Ich meine, dabei sollte man es aber auch bewenden lassen. Es sind doch sämtliche Fraktionen im Gemüseausfluß vertreten.

Was nun die Ausfuhr von Gemüse angeht, so hat Herr Beigeordneter Reuter damit recht, daß früher auch andere Kreise von hier aus versorgt worden sind. Durch die Sperre geht ja heute nur noch sehr wenig hinaus. Es wird heute nicht ein

Viertel von dem ausgeführt, was früher ausgeführt worden ist. Wenn die Erzeuger trotzdem etwas ausführen wollen und geben das Versprechen, daß sie in der knappen Zeit das Gemüse hier lassen, dann soll man die Erzeuger auch nicht verärgern und ihnen gestatten, daß sie einmal in der Woche ihre alten Geschäfte mitmachen. Das wirkt besser, als wenn man einfach sagt: Das geht nicht, wir müssen das Gemüse hier halten, und die Händler führen es dann doch aus. Die Erzeuger haben noch immer ihre Pflicht getan. Das haben sie namentlich im Kriege und nach dem Kriege bewiesen, wo wir um diese Zeit manchmal Lebensmittelunruhen gehabt haben und wo die Stadt Düsseldorf selbst mit dem Gemüse handeln ging, welches von den Landwirten zuviel angefahren war.

Zum Schluß, meine Herren, reden wir etwas weniger und sorgen lieber dafür, daß mehr produziert wird. Wenn die Landwirte sehen, wie Tausende an ihnen vorbeispazieren und sie auslachen, wenn sie arbeiten, dann könnten sie das Arbeiten manchmal leid werden. Aber daran ist nun einmal nichts zu machen. Zum mindesten aber sollte die Verwaltung alles tun, um jede Streitigkeit zu vermeiden. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter **Schmitt** (B. S. P.): Die heutige Debatte über die Lebensmittelversorgung würde bei mir ein Hohnlachen auslösen, wenn ich nicht fürchtete, daß dies bei den armen Hungerigen draußen mißverstanden werden könnte.

Sie wissen, ich bin schon seit dem Kriege kein Freund unserer Stadtverwaltung und der Stadtverwaltungen überhaupt; ich habe stets versucht, den Wucher von unten herauf zu bekämpfen. Ich brauche nicht an die Vorgänge zu erinnern, die sich hier in den letzten Jahren abgespielt haben. Ich bin nun einmal bei der Wucherbekämpfung ein einjames Tierchen auf einer großen Wiese geblieben. Aber die Lebensmittelversorgung ist dadurch nicht besser geworden. Ich behaupte, es herrscht nicht nur bei unserer Stadtverwaltung, sondern bei allen Stadtverwaltungen der Wahlpruch: „Ut aliquid fieri videatur“; man tut so, als ob etwas geschähe. In früheren Jahren war ich auf diese Verwaltungsbureaucratie erbost; bis in die innerste Tiefe meiner Seele, ich habe sie wegen ihrer Stellungnahme verwünscht und verflucht. Nachdem der Zusammenbruch so weit gediehen ist, wie wir ihn heute vor uns sehen, bin ich allerdings von unten gegenüber großmütiger, und ich sage: Der alte Geusen soll ruhig auf seinem Platz hier sitzen. (Heiterkeit.) Das Ganze ist nichts weiter als ein krankhafter kleinbürgerlicher Geist, auf den die Leute eingestellt sind; die großkapitalistische Entwicklung hat ihnen mit ihren Riesenstiefeln derart auf die Köpfe getreten, daß sie sich nicht mehr zurecht finden können. Ihre kleinbürgerliche geistige Einstellung hat sie ihren Ritt mit dem alten Amtschimmel fortsetzen lassen, und dann haben sie soviel Fußtritte von den Kapitalisten bekommen, daß sie kapitalistisch geschoben worden sind und gezwungen waren, selbst kapitalistisch zu schieben, wenn sie nur vorwärts kommen wollten.

Bei der Bekämpfung des Wuchers, bei all den Dingen, die wir in Düsseldorf und anderswo erlebten, haben die persönlichen Beziehungen der einzelnen, die die Wucherer im großen darstellten, eine bedeutende Rolle gespielt; es hat sich eine ganze Menge von Verwaltungsjuristen in Amtstracht gefunden, die all diese Dinge sabotiert haben. Die Wucherbekämpfung ist uns ebenso unter den Fingern fortgelaufen, wie uns heute die Mark unter den Fingern zerrinnt. Ich habe die festeste Ueberzeugung: Das, was heute noch an Wucherbekämpfung beim Textilhandelsmann, beim Schuhhandelsmann, beim Bäckermeister und beim Krämer versucht wird, ist Sisyphusarbeit, die kein Herkules leisten kann, weil es immer die Sisyphusstelle ist, wo man es versucht, nicht die Hauptstelle.

Nun hat Herr Brauer heute abend gesagt, er wolle keine politischen Töne anschlagen, weil wir uns sonst zu sehr in die Haare geraten könnten. Meine Damen und Herren! Es bleibt uns aber nichts anders übrig, als auch die Politik in die Erörterung einzubeziehen, um zu sagen, daß ein großer Teil von den Leuten, die in Deutschland die Aufgabe hatten, uns zu führen, und vorgegeben haben, dies zu tun, von Volkswirtschaft soviel verstanden haben wie die Kuh vom Sonntag, daß sie ferner von den kapitalistischen Interessen und ihren eigenen Sonderinteressen sich derartig haben treiben lassen, daß wir zu diesen Zuständen gekommen sind.

Mein Freund Gerlach hat heute abend gesagt, die Ursache der heutigen Zustände sei der verlorene Krieg und der Versailler Vertrag. Meine Damen und Herren! In dem Zusammenhang, wie es heute abend hier gesagt worden ist, kann ich das nicht gutheißen. Das stimmt nicht. Ueber Selbstverständlichkeiten sollte man nicht mehr reden, darüber haben wir genug geredet. Die Tatsache läßt sich nicht abstreiten, daß wir einen Krieg verloren haben, den wir selbst angezettelt haben (lauter Widerspruch), den wir in Deutschland nicht nur aus wilhelminischer überprüflicher Autokratieherrschafft anzetteln mußten, sondern auch deshalb, weil das junge kapitalistische Deutschland von kapitalistischen Gesichtspunkten aus versuchen mußte, den übrigen kapitalistischen Ländern Absatz- und Rohstoffgebiete abzugewinnen. (Zuruf Dr. Hecker: weil es seine Leute nicht mehr ernähren konnte!) Diese Tatsache ist volkswirtschaftlich und durch die ganze Entwicklung derart belegt, daß es einen Streit darüber nicht mehr gibt. Meine Damen und Herren! Daß die Folgen eines solchen verlorenen Krieges einen Versailler Vertrag zeitigen mußten, ist auch selbstverständlich. Darüber können nur Kinder und Idioten jammern. Das, was wir hier gehört haben, ist nur ein Jammern, weiter nichts; über Selbstverständlichkeiten redet man nicht. Aber ich rede über etwas anderes: Dieser Versailler Vertrag ist noch nicht erfüllt, und an eine Erfüllung ist in Deutschland noch nicht gedacht worden. Was bis jetzt erfüllt worden ist, ist aus den Steuern der arbeitenden Klassen gedeckt worden (Sehr gut! links); die kapitalistische Klasse hat sich von diesen Dingen gedrückt. Selbst das reiche England, das den Krieg mitgewonnen hat, hat bereits während des Krieges seine besitzende Klasse in exorbitanter Höhe besteuert, um die Schulden zu decken, die man aufnehmen mußte, um den kapitalistischen Staat auf der Höhe zu halten. Das hat Deutschland versäumt bis auf den heutigen Tag. Es hat keine Kapitalisten nicht nur geschont, sondern ihnen Milliardengewinne in den Schoß geworfen. Meine Damen und Herren! Als Deutschland die erste Goldmilliarde für Sanktionszahlungen aufbringen mußte, da hat die deutsche Regierung den Fehler gemacht, daß sie eine halbe Milliarde aus dem vorhandenen Goldbestande genommen hat. Sie hätte diese halbe Goldmilliarde behalten und das Geld anders aufbringen sollen. Die andere halbe Milliarde hat die deutsche Regierung damals durch Devisen aufbringen lassen, und diese halbe Goldmilliarde hat ihr schon damals 46 Milliarden Papiermark gekostet. Wer hat diese 46 Milliarden Papiermark geschluckt? Die deutsche Kapitalistenklasse, die deutschen Banken, die sich längst mit ausländischen Devisen eingedeckt hatten und sie nun der deutschen Regierung verkauft. (Zuruf: Zur Sache!) Halten Sie Ihr blödsinniges Maul! Ich spreche zur Sache; ich behandle nur Punkte, die in der Diskussion berührt worden sind. Dem Vorsitzenden ist es nicht eingefallen, dagegen etwas zu sagen. Wenn einer etwas derartiges sagen will, soll er selbst bei der Sache bleiben. (Ein Teil der Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien verläßt den Sitzungssaal.)

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Herr Schmitt, ich bitte Sie, zur Sache zu reden; wir sprechen über die Lebensmittelversorgung unserer Bevölkerung.

Ich höre eben, daß Sie einem der Herren zugerufen haben: „Halten Sie doch Ihr blödsinniges Maul!“ Ich muß Sie deshalb zur Ordnung rufen. (Zuruf Bohmeyer: Die Wahrheit können die nicht vertragen!)

Stadtverordneter Schmitt (fortfahrend): Unser Elend in Deutschland rührt nicht von den Sanktionen und vom Versailler Vertrag her. Das größte Elend steht uns noch bevor, wenn die Sieger von Versailles uns ihre Bedingungen diktieren werden. Unser heutiges Elend rührt einzig und allein daher, daß unsere deutschen Exportkapitalisten nicht nur geschont, sondern ihnen täglich Milliardengewinne zugeschanzt worden sind. Meine Damen und Herren! Es hat in Deutschland einen Mann gegeben, der einem großen Teil der Herren hier in diesem Saale und auch berufenen Politikern draußen nur dadurch bekannt war, daß er Jude war: Rathenau. Rathenau hat zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nichts anderes vorgeschlagen als das, was ich Ihnen in kurzen Zügen jetzt gesagt habe. Er hat erklärt: Die deutsche Wirtschaft, ganz gleichgültig, ob sie in Zukunft kapitalistisch oder gemeinwirtschaftlich regiert wird, hat zunächst die gemeinwirtschaftliche Frage zu regeln, daß sämtliche Uebergewinne aus der Produktion an den Staat abzuführen sind, soweit sie nicht als Betriebskapitalien notwendig sind.

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Herr Schmitt, ich muß Sie wirklich bitten, zur Sache zu reden. Es handelt sich um die Versorgung der Düsseldorfer Bevölkerung mit Lebensmitteln. Ich bitte Sie, dazu zu sprechen und nicht die verschiedensten Dinge in den Kreis Ihrer Erörterung zu ziehen.

Stadtverordneter Schmitt: Ich spreche zur Sache. Ich rede nur zu den Ausführungen, die von den Diskussionrednern gemacht worden sind. Man hat vom Versailler Friedensvertrag, von dem Ausgange des Krieges und von unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung gesprochen. Ich behandle daselbe. Ich meine, es könnte doch dem alten Geusen recht sein, daß ich durch meine Betrachtungen zu dem Schluß komme, daß allein von Düsseldorf aus eine bessere Lebensmittelversorgung und eine Besserstellung der Arbeiterklasse nicht eintreten kann. Das ist vielmehr eine nationale und volkswirtschaftliche Frage, die nur von der hohen Politik gelöst werden kann. Ich habe das zwar früher schon gesagt und tauben Ohren gepredigt; aber ich fühle mich verpflichtet, es Ihnen am Rande des Verderbens noch einmal in die Ohren zu raunen.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt: Rathenau hat den Vorschlag gemacht — und dies war der einzig mögliche Vorschlag — alles das, was in Deutschland an Produktionsgewinnen erzielt wird, von der Gesellschaft, dem Staat und dem Reich abfordern zu lassen. Nur dadurch wäre es möglich gewesen, die deutsche Handelsbilanz wieder zu stabilisieren. Das ist nicht gelungen. Stellen Sie sich vor, wie leicht es gewesen wäre, unsere Handelsbilanz zu stabilisieren, als der Dollar noch auf 46 oder meinetwegen auf 76 und 80 Mark stand. Nur eine solche Stabilisierung wäre die Grundlage gewesen, um überhaupt wieder zu einer gesunden Wirtschaft zu kommen. Statt dessen steht heute der Dollar über eine Million Papiermark. Es geht mit Riesenschritten in den Abgrund hinunter.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1920 haben wir uns mit Erfolg gegen die Stinnesierung der deutschen Eisenbahnen gewehrt; damals hat die ganze deutsche Arbeiterklasse einmütig einen derartigen wahnwitzigen Plan abgelehnt. Was steht uns heute bevor? Wenn der Absturz, vor dem wir stehen, vollendet sein wird, dann werden nicht nur die deutschen Eisenbahnen, sondern dann wird das ganze deutsche Nationalvermögen internationalisiert und stinnesiert und damit den Ententemächten verfallen sein. Das ist das Ende unserer heutigen Politik. Aus dem furchtbaren Niederbruch der großkapitalistischen Politik, aus der Stinnes alle Vorteile für die Privatkapitalisten gezogen hat, die Rathenau für eine Gemeinwirtschaft in Deutschland, für eine nationale Entwicklung fruchtbar machen wollte, gibt es kein Entrinnen, wenn sich nicht eine Masse im Volke findet, die eine Regierung bildet, die auch heute noch ohne weiteres frisch und fröhlich an die endgültige und restlose Beschlagnahme der Sachwerte herangeht und auf Grund einer Gemeinwirtschaft aufbaut, was bisher niedergerissen worden ist.

Meine Damen und Herren! Betrachten wir doch nur einmal die letzte Aktion, die vor sich gegangen ist. Wer hat die Ruhraktion in die Wege geleitet? Ich will nicht einmal der Auffassung der deutschen Politik widersprechen, wonach die Franzosen die Besetzung des Ruhrreviers mit Willen und Absicht herbeigeführt haben sollen. Aber was hat denn die deutsche Politik getan, um sich den Franzosen zu widersetzen? Haben nicht die deutschen Kapitalisten den Franzosen privatim das Holz und die Kohlen billiger angeboten, als das Reich sie bei den Sanktionslieferungen in Rechnung stellen konnte?

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Was Sie hier vorbringen, hat mit dem Gegenstande der Tagesordnung nichts zu tun. Das sind Erörterungen, an die wir unsere Zeit nicht verschwenden können. (Zuruf Schmitt: Wenn der Herr Vorsitzende dem nicht folgen kann!) Ich kann sehr gut folgen, ich bitte, derartige Ausführungen zu unterlassen.

Stadtverordneter Schmitt (fortfahrend): Die ganze Ruhraktion ist nicht nur ein endgültiger Zusammenbruch, sondern eine Bereicherungsaktion für die deutschen Kapitalisten, wie sie toller noch nicht gewesen ist. Die Markstützungsaktion, die ohne Beschlagnahme der Sachwerte vorgenommen worden ist, war nichts weiter als eine Bereicherung des Kapitalismus bis dorthinaus. Das, um was wir heute ärmer sind, ist restlos in die Tasche einer Handvoll Großkapitalisten geflossen, die daraus den alleinigen Vorteil ziehen.

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Ich muß Sie bitten zu schweigen.

Stadtverordneter Schmitt (fortfahrend): Daran krank unsere Wirtschaft. Dies allein ist an den wucherischen Abschlüssen auf allen Gebieten schuld. Kein Kleinbürger, kein Krämer und Händler kann sich mehr diesen wucherischen Abschlüssen entziehen.

(Während des letzten Teils der Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Schmitt haben fast alle Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien den Sitzungssaal verlassen.)

Stadtverordneter Halstenberg (D. P.): Ich beantrage Schluß

der Aussprache, und, wenn dem widersprochen wird, bezweifle ich die Beschlußfähigkeit der Versammlung.

Vorsitzender Beigeordneter Geusen: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag auf Schluß der Debatte ist abgelehnt.

Herr Halstenberg hat die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Wir müssen das Haus auszählen. Ich bitte die Herren Dietmann und von den Benten festzustellen, wieviel Mitglieder noch anwesend sind. Die Beschlußunfähigkeit wird nicht angezweifelt. Das Haus ist beschlußunfähig. Ich schließe die Sitzung.